

“Freiheit” von den Serben

Die kosov@-albanische Befreiungsbewegung UÇK

Spätestens seit den Verhandlungen von Rambouillet ist die “Kosova Befreiungsarmee” (Ushtria Çlirimtare e Kosovës UÇK) aus der Diskussion über Krieg und Frieden im Kosov@ nicht mehr wegzudenken. Woher kommt diese Bewegung und: Wofür kämpft sie?

Roland Brunner*

Jahrelang schlief die internationale Politik ihren diplomatischen Schlaf der Ungerechten, wenn es um die Probleme in der albanisch bewohnten Region Kosov@ ging. Erst als am 28. November 1997 bei einer Beerdigung in *Llausha* drei mit Kalaschnikows bewaffnete, maskierte Männer auftauchten, kam Bewegung in die Diplomatie. Seither ist die UÇK aus der Diskussion um eine Lösung des Kosov@-Konflikts nicht mehr wegzudenken.

Albanischer Nationalismus ...

Während des Zweiten Weltkrieges unterstützten viele Kosovari die italienischen und deutschen Truppen als “Befreier und Beschützer” gegen die Serben. Dies erklärt die Schwäche der Widerstandsbewegungen gegen die faschistische Besetzung im

Kosov@ im Vergleich etwa zu Albanien. Auch in der Nachkriegszeit blieben die kleinen illegalen Gruppen der nationalen albanischen Opposition dem Antikommunismus verhaftet und verbunden mit Exilorganisationen wie *Balli Kombëtar* (Nationale Front) oder *Legaliteti* (Royalisten).

Die Hintergründe der Guerilla-Bewegung liegen aber in den politischen Kämpfen der 60er- und 70er-Jahre. Damals bildeten sich Untergrundorganisationen mit maoistisch-stalinistischer Prägung – beeinflusst vom *Enverismus* Albanien (nach dem “Führer” der albanischen Kommunisten Enver Hodscha) – wie die “Revolutionäre Bewegung für albanische Einheit” von *Adem Demaçi*, die “Nationale Befreiungsbewegung Kosova und der anderen albanischen Gebiete Jugoslawiens” (LNCKVS-HJ), die “Marxistisch-Leninistische Organisation Kosova” (OMLK), die “Kommunistische Marxistisch-Leninistische Partei der Albaner in Jugoslawien” (PKMLSHJ) oder die “Rote Volksfront” (FKB).

... soziale Proteste ...

Am 27. November 1968 kam es in Pristina und anderen Städten des Kosov@ zu grossen Kundgebungen

– organisiert und angeführt von diesen Gruppierungen –, die mit Polizeigewalt niedergeschlagen wurden. Die Überbleibsel der maoistischen Gruppen glauben heute noch, sie hätten damals viel mehr erreichen können, wenn sie nicht von “Teilen der bürokratischen Cliques des Kosovo” verraten worden wären.

Die Protestbewegung im Frühjahr 1981 war viel breiter und nachhaltiger. Der jugoslawische Staat setzte seine ganze Gewalt ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Während der 80er-Jahre kam es zu einer Reihe von Prozessen gegen 200 “feindliche, konterrevolutionäre Gruppen”, davon etwa die Hälfte in der jugoslawischen Armee: Viele Aktivisten und Führer der Protestbewegung landeten als politische Gefangene in Jugoslawiens Kerkern. Dazu gehörten einige albanische Offiziere.

... maoistische Organisationen ...

Anlässlich dieser Studentenproteste einigten sich vier maoistische Organisationen, eine gemeinsame Struktur zu gründen. Die serbischen Behörden verhinderten die für November 1981 geplante Gründung. Dafür wurde am 17. Februar 1982 im deutschen Exil die “*Volksbewegung*

"Operation Hufeisen"

Politik der verbrannten Erde gegen die Befreiungsarmee UÇK

Die Vertreibung der Bevölkerung des Kosov@ wurde von Präsident Milosevic von langer Hand geplant und vorbereitet, erklärt das deutsche Verteidigungsministerium. Ziel war die Zerschlagung der Befreiungsarmee, nicht der Genozid.

Roland Brunner

Unter [HTTP://WWW.BUNDESWEHR.DE/KOSOVO/HUFEISEN.HTML](http://www.bundeswehr.de/kosovo/hufeisen.html) dokumentiert das deutsche Verteidigungsministerium strategische Pläne mit Karten, die belegen sollen, dass die Vertreibung der Bevölkerung aus dem Kosov@ nicht das Ergebnis der Nato-Bombardierungen ist, sondern schon lange vorher von der serbischen Regierung vorbereitet wurde: "Die gegenwärtige Lage im Kosovo stellt sich weitgehend auch als Ergebnis eines nach mehreren Hinweisen offenbar bereits Ende letzten Jahres in Milosevics Umfeld erarbeiteten strategischen Planes mit der Bezeichnung ‚Hufeisen‘ – serbisch: Potkova – dar."

Kampf dem Terrorismus

"Hauptziel der ‚Operation Hufeisen‘ ist aus unserer Sicht die Zerschlagung bzw. Neutralisierung der UÇK im Kosovo. Vertreibungen der kosovo-albanischen Bevölkerung mit dem Ziel gewaltsamer regionaler demographischer Veränderungen sind offensichtlich Bestandteil des Planes." Die Vertreibung der Bevölkerung wird also nach Bundeswehr – einer Instanz, die wohl kaum als serbenfreundlich abqualifiziert werden kann – zum Mittel zum Zweck. Der Zweck selber, so unheilig und moralisch verwerflich er ist, gilt für souveräne Staaten als völker- und verfassungsrechtlich legitimierte Aufgabe des Staates: die Bekämpfung des Terrorismus. "Vor allem in den UÇK-Hochburgen in der Llap-, Shala- und Drenica-Region wurden mit Vertreibung von Kosovo-Albanern der UÇK ihre Basis und ihr Rückhalt entzogen. Dies war für

Belgrad sehr wahrscheinlich die Umsetzung der zentralen Lehre, die aus dem Vorgehen gegen die UÇK im Sommer/Herbst letzten Jahres gezogen wurde. Damals war es Belgrad gelungen, mit massiven Operationen die UÇK aus dem von ihr kontrollierten, etwa 40-prozentigen Flächenanteil des Kosovo zurückzudrängen. Aber nur für kurze Zeit. (...) Nachdem im Oktober auf Druck der internationalen Gemeinschaft Belgrad zunächst einlenkte, die OSZE-Verifikationsmission ak-

lungen war von Milosevic also kaum beabsichtigt."

"Bereits im Januar nahm die Bekämpfung der UÇK durch Streit- und Sicherheitskräfte zunächst insbesondere im Norden im Raum Podujevo und Mitrovica zu. Gleichzeitig wurde nördlich von Podujevo ausserhalb des Kosovo ein starker gepanzerter Eingreifverband bereitgestellt."

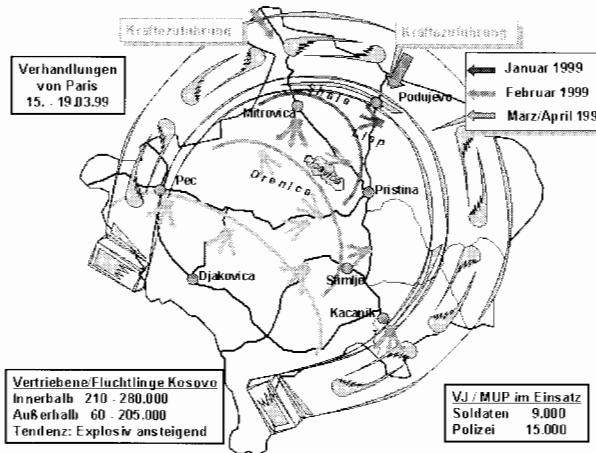
"Im Februar drängten die serbischen Kräfte die UÇK aus der Fläche von beiden Seiten in die West- und Osthänge der Cicavica-Berge ab, gingen gegen die UÇK von Osten her im Raum Stimlje vor und bekämpften diese erstmals im Süden des Kosovo im Raum Kacanik in Grenznähe zu Makedonien."

"Ende März befand sich die Operation Hufeisen in vollem Gange, nachdem zuvor einige Verstärkungen der Landstreitkräfte in den Kosovo erfolgt waren. Die Kämpfe wurden in die Drenica-Region, in der der Kampf der UÇK im Frühjahr 1998 nach dem Massaker serbischer Kräfte am Jashari-Clan seinen Ausgangspunkt hatte, ausgeweitet. Die UÇK geriet in allen Operationszonen in die Defensive, die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge stieg dramatisch an."

Kein Genozid, aber...

"Die ethnische Säuberung ist juristisch gesehen kein Genozid, weil sie nicht auf die Zerstörung aller einzelnen Individuen eines Volkes oder einer Gruppe zielt. Die ethnische Säuberung operiert aber mit einer symbolischen Zerstörung. Männer im wehr- und zeugungsfähigen Alter lässt man verschwinden. Den Deportierten nimmt man die Papiere ab, Gemeindearchive mit standesamtlichen Dokumenten werden verbrannt."

Antoine Garapon, Gründer des Pariser "Institut des Hautes Etudes sur la Justice" und Präsident des Kosovo-Komitees, in: Basler-Zeitung, 30. April 1999.



zeptierte und Verpflichtungen hinsichtlich Stärke und Dislozierung seiner Kräfte im Kosovo einging, kehrten zumindest viele Binnenvertriebene in ihre Heimatwohnorte zurück. Mit ihnen aber auch die UÇK – für Belgrad ein unannehmbarer Zustand." Diese Taktik der verbrannten Erde gehört zum – häufig erfolglos erprobten Mittel auch amerikanischer Aufstandsbekämpfung. "Selbst während der Rambouillet-Gespräche vom 6. bis 20. Februar 1999 war unverkennbar, dass Belgrad sich nicht mit der Existenz der UÇK im Kosovo abfinden wollte. Für Belgrad war und ist die UÇK Instrument des Terrors und des Separatismus, gegen das jedes Mittel eingesetzt werden muss. Während die serbische Delegation in Rambouillet und Paris vom 15. bis 19. März 1999 den Eindruck erweckte zu verhandeln, führten die serbischen Kräfte ihre Operation gegen die UÇK und die Zivilbevölkerung fort. Eine ernsthafte Beteiligung der Serben an den Verhand-

für eine Republik Kosova" (LPRK) aus der Taufe gehoben, die später zur "Volksbewegung Kosova" (LPK) wurde. Im Vorfeld der Gründung kam es zur Ermordung von *Jusuf Gervalla*, damals Vorsitzender der LNCKVSHJ in Stuttgart. Beim Attentat wurden auch sein Bruder *Bardhosh* und der Vorsitzende der OMLK-Auslandsorganisation, *Kadri Zeka*, umgebracht. Bis heute ist nicht klar, ob das Attentat auf den jugoslawischen Geheimdienst zurückgeht oder ob es sich dabei um einen internen Machtkampf unter den verschiedenen Strömungen der Kosov@-Albaner handelte.

... politische Differenzen ...

Die albanische Bewegung war Ende der 80er-Jahre in zwei Flügel gespalten: den illegalen, im Untergrund tätigen und in sich selber zerstrittenen marxistisch-leninistischen (sprich maoistischen) Gruppen einerseits (die "Enveristen") und einer halblegalen, halböffentlichen Bewegung von Intellektuellen und Politikern in den Institutionen andererseits (den "Titoisten"). Die Bildung einer breiten Front beider Strömungen misslang. Auch wenn die "Enveristen" als flammende Patrioten und Nationalisten geschätzt wurden, waren sie 1990 als Kommunisten disqualifiziert. Dies galt auch für bekannte und respektierte Figuren wie den langjährigen politischen Gefangenen *Adem Demaçi*. Die neue albanische Bewegung war – in Anlehnung an die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa – antikommunistisch, "demokratisch", "zivilgesellschaftlich" und ... "pazifistisch".

Die "Demokratische Liga des Kosova" LDK um *Ibrahim Rugova* wurde am 23. Dezember 1989 gegründet. Sie ist Ausdruck dieser Strömung und versteht sich als "nationale Partei der Albaner". In nur fünf Wochen gewann sie rund 500'000 Mitglieder. Vor allem Rugova selber stand als Symbol des Protestes und des Widerstandes gegen das serbische Regime. Rund 20 weitere Parteien und Verbände, von den Sozialdemokraten über die Grünen bis zu den National-Demokraten entstanden, konnten jedoch nie über kleine Kreise hinaus Einfluss entwickeln.

Die LPRK wurde in dieser Situation schnell zum konspirativen Sammelbecken des Widerstandes auch gegen den politischen Kurs der LDK und ihres Präsidenten *Ibrahim Rugova*. Als diese am 2. Juli 1990 die Erklärung der Unabhängigkeit des



Kosov@ ausrief, akzeptierte man dies zwar, beteiligte sich aber weder am "Koordinierungsrat der albanischen Parteien im Kosova" noch an den Parlamentswahlen der Kosov@-Albaner am 24. Mai 1992. Die LPRK verlor politisch Terrain an die LDK und einige vorherige Radikale wechselten die Seite ins LDK-Lager, so zum Beispiel der letzte Vorsitzende der OMLK im Kosov@, *Hidajet Hyseni*, der wegen seiner Beteiligung an den Studentenprotesten im Dezember 1981 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde er zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der LDK gewählt. Die Kritik an der LDK liess deswegen nicht nach: Sie sei eine "Mastodon-Partei" (ausgestorbener Elefant aus dem Tertiär), die alle ihre Anstrengungen auf imaginäre Wahlen richte und hoffe, so ihre eigene Bürokratie an die Macht zu bringen.

... Schweizer Hauptquartier ...

Wie die LDK hat auch die von LPRK in LPK umbenannte Organisation ihr Hauptquartier in der Schweiz. Ihre Zeitung "*Zeri i Kosoves*" (Stimme des Kosovo) wird seit Ende 1990 in Aarau verlegt und in Luzern findet sich das Postfach der Organisation. Von hier aus sind auch seit rund fünf Jahren die Einzahlungsscheine "Ruf der Heimat" für die UÇK unterwegs.

Viele Millionen Franken sind über Schweizer Konten bisher in die Kriegskassen der UÇK geflossen. Auch Trainingslager für hier lebende Asylsuchende und zukünftige UÇK-Kämpfer soll die LPK in der Schweiz betreiben. Sonst ist über die LPK wenig bekannt, arbeitet sie doch in vollständiger Klandestinität. Namentlich bekannt als Vertreter der LPK sind einzig der in Emmenbrücke lebende *Fazli Veliu* als Präsident des LPK-Auslandrates und *Bardyl Mahmuti* als ihr Sprecher.

Die politischen Ziele der LPK beinhalten einen gemeinsamen, unabhängigen Staat für alle Albaner im Kosov@, in Mazedonien, in Montenegro und in Südserbien. Gewalt wird dabei als legitimes Mittel im Kampf betrachtet und es ist ein offenes Geheimnis, dass die LPK auch die (politische) Heimat der UÇK ist. Inzwischen hat dies auch der ehemalige Geschichtslehrer und UÇK-Sprecher *Jakup Krasniçi*, der von 1981 bis 1990 wegen Anstiftung zu Unruhen in jugoslawischer Haft sass, zugegeben: "1992 und 1993 entstand in der Schweiz innerhalb der LPK ein militärischer Flügel, der 1994 die UÇK bildete."

... polarisierter Konflikt ...

Als Anfang 1998 bei der Erneuerung des LDK-Präsidentenrats Rugova alle Vertreter radikaler Positionen wegsäuberte, kam es zum Bruch der alten Garde der politischen Gefangenen, die als Berufspolitiker in der LDK eine Heimat gefunden hatten, mit der LDK und ihrer Strategie des gewaltfreien Widerstandes. Die gesäuberten Radikalen und die zerschlagenen Polizei- und Armee-Strukturen bildeten den Kern für eine bewaffnete Machtergreifung auch gegen die LDK.

Tatsächlich laufen der LDK die Leute scharenweise davon, um sich in die Reihen der UÇK einzugliedern und die Partei zerfällt zusehends. Ende Juni setzte sich ein Flügel enttäuschter Rugova-Anhänger ab, um die "Neue Demokratische Liga" (LRDK) zu gründen, die als politischer Arm der UÇK fungieren sollte. Offen wurde der LDK gedroht, falls sie sich dem bewaffneten Kampf in den Weg stelle. *Hidajet Hyseni*, gesäubertes Vizepräsident der LDK

"Längst hat sich die UÇK zum unverzichtbaren Nato-Partner gemacht, liefert täglich militärische Hinweise an das Bündnis. In den Brüsseler Lageberichten ("Nato Confidential") machen die UÇK-Informationen das Gros aus. Diplomaten plädieren für Zurückhaltung. Sie sorgen sich, dass die UÇK nach Kriegsende die Macht völlig an sich reißen wird. Der Anfang ist gemacht: Die UÇK hat eine neue Regierung ausgerufen, als Ministerpräsident agiert jetzt Hashim Thaçi, der Führer der politischen Abteilung der UÇK. Auch die Ministerposten für Verteidigung, Finanzen, öffentliche Ordnung und Information hat die UÇK für sich beansprucht. Rugovas Partei hat sich dagegen ausgesprochen – die LDK sei nicht gefragt worden."

Der Spiegel, 16/1999, Seite 202

"In Kukës zeigt sich die UÇK ganz offen, und zwar an der Seite der regulären albanischen Armee." *NZZ 7.4.99*

"Wir sind die Bodentruppen der Nato. Noch halten wir uns zurück. Wir warten auf den Moment, bis die serbischen Truppen so weit geschwächt sind, dass sie ihre militärische Überlegenheit nicht mehr ausspielen können." *Tages-Anzeiger 10.4.99*

"Sollte sich eines Tages gar, was gewisse Strategen im Westen offenbar hoffen, die Befreiungsarmee Kosovo gegen die durch die Luftangriffe geschwächten serbischen Truppen durchsetzen, dann müsste die Nato wohl erneut eingreifen; diesmal allerdings, um Massaker albanischer Extremisten an den Serben zu verhindern." *NZZ-Editorial 10.4.99*

"Die radikaleren Kräfte unter den Kosovo-Albanern haben die Macht übernommen. Armee und Regierung im Exil rüsten von Albanien aus für eine neue Offensive. In kleineren Gruppen sind Freiwillige aus Westeuropa Richtung Albanien unterwegs, um sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Auch das Heer der Zehntausenden Kosovo-Flüchtlinge in Albanien ist ein ideales Rekrutierungsfeld. Während die Hilfswerke die ankommenden Flüchtlinge zählen, zählen die Rebellenführer kampfbereite Männer."

Stephan Israel, in Berner Zeitung, 12.4.99

"Derzeit gibt es drei politische Gruppen, die die Führung im Kosovo übernehmen möchten: der gewählte Präsident Ibrahim Rugova und seine Demokratische Liga Kosova (LDK), die Exilregierung unter Premierminister Bujar Bukoshi und Ihre Exilregierung unter Hashim Thaçi. Wie könnten Sie sich miteinander arrangieren?"

"Eine Zusammenarbeit ist unmöglich. Rugova hat acht Jahre lang behauptet, er habe die Unabhängigkeit des Kosovo in der Tasche. Bukoshi sagte, er habe eine Armee. Nichts davon war wahr. Es ist ja wohl kein Zufall, daß sich die Vertreter der Kosovo-Albaner auf Thaçi als Verhandlungsführer in Rambouillet geeinigt haben. Im übrigen haben Rugova und die LDK mittlerweile die Unterstützung des Volkes verloren. Durch das Treffen mit Milosevic und anderen Serben hat er uns verraten. Er ist auch keine Geisel der Serben, wie es in den Medien berichtet wurde."

Interview mit Mujë Rugova, Deutschland-Vertreter der UÇK-Exilregierung, in der Tageszeitung taz vom 3.5.99

"Rugova war schon immer ein Präsident ohne Land; nun hat er auch noch einen grossen Teil seines Volkes verloren - und das im wörtlichsten Sinn. Was immer Rugova in der nächsten Zeit zur Beendigung des Krieges zu tun gedenkt, die radikalen Kosovo-Albaner werden ihn als "Verräter" und als "Marionette Belgrads" brandmarken. Anders als Rugova waren sie bereit, viele Tote und grosse Zerstörung in Kauf zu nehmen, um die serbische Herrschaft abzuschüteln. Heute sind sie ihrem Ziel um vieles näher als Rugova es je war." *NZZ, 7.5.99*

und jetzt Sprecher der LRDK, droht Rugova mit den Waffen, falls dieser Kompromisse mit den Serben eingehe.

In der "Politischen Erklärung Nr. 4 des Generalhauptquartiers der UÇK" wurden verhandlungswillige, politische Kräfte im Kosov@ offen gewarnt, ihre "dreckigen Spiele, die zerstörerisch für die Nation und das Vaterland sind", weiterzuführen. Die Kosovari wurden aufgerufen, "Albanertum als ihre Ideologie zu akzeptieren, unserem Kampf für Freiheit zu dienen, unsere historische Chance, unsere Hoffnungen zu erfüllen." *Lum Haxhiu*, Schriftsteller und "UÇK-Offizier für politische Angelegenheiten und Förderung der Moral" spricht Klartext: Ein Politiker, egal wer, der seine Unterschrift unter einen Friedensvertrag setzen sollte, der nicht die vollständige Unabhängigkeit Kosovos anerkenne, unterschreibe sein Todesurteil (*NZZ 23.7.98*).

Die UÇK rief offen zum Sturz von Rugova auf: "*Rugova und einige Leute um ihn herum waren ein Hindernis auf dem Weg zur Unabhängigkeit des Kosova*", erklärte UÇK-Sprecher Krasniçi, der nach seiner Haftentlassung selber für die LDK als Parteichef in Glogovac zeichnete. Zusammen mit radikalen Parteien boykottierten sie die Neukonstituierung des Parlamentes und der Regierung durch Rugova und trugen damit zu einer politischen Spaltung bei – in der Hoffnung, Rugova damit vollständig zu diskreditieren und aus dem Rennen zu werfen. In Malisevo, der "Hauptstadt" der "befreiten Gebiete" wurde als Gegenregierung eine UÇK-kontrollierte "Zivilverwaltung" mit "Direktor" *Gani Krasniçi* an der Spitze eingerichtet.

... und bewaffnete Strukturen ...

Die UÇK ist eine der bewaffneten Strukturen, die nicht mehr auf die politischen Versprechungen der gewählten kosov@-albanischen Führung hoffen und warten wollten. Erstmals erschienen war die UÇK mit einem Bekenner schreiben im April 1996. Sie profilierte sich durch Morde an serbischen Funktionären im Kosov@, vor allem aber gegen "illoyale" Albaner, die der Kollaboration mit dem serbischen Regime "angeklagt" wurden und dafür mit

dem Leben bezahlen mussten. Die UÇK wurde deshalb immer wieder bezichtigt, Produkt des jugoslawischen Geheimdienstes zu sein.

Bis 1989 wurden auch Kosov@-Albaner zur jugoslawischen Armee eingezogen und albanische Polizisten konnten ihren Dienst in der serbischen Polizei versehen. Nach der Aufhebung des Autonomiestatus wurden diese Stellen systematisch gesäubert und/oder Albaner zogen sich selber aus den entsprechenden Strukturen zurück. Bis Ende 1992 versuchte die von Rugova für unabhängig erklärte "Republik Kosova" ihre eigenen Staatsstrukturen zu bilden, darunter auch Militär und Polizei. Aus diesen "Staatsstrukturen" rekrutierte dann die UÇK ihre Kämpfer, denn im Frühling 1993 zerschlug die serbische Polizei die kosovarische "Staatsgewalt". Die Mehrheit der Soldaten waren aber Rückkehrer. Krasniçi gab schon letztes Jahr unumwunden zu, woher die UÇK-Kämpfer kommen. Auf die Frage eines "Spiegel"-Journalisten, ob es stimmt, dass mehr als die Hälfte der Soldaten ehemalige Gastarbeiter aus Deutschland und der Schweiz seien, meinte er: "Ja, sie kamen zurück, um für ihr Heimatland zu kämpfen."

Auch die "Neue Zürcher Zeitung" zitierte ein "Mitglied der Kontaktgruppe ehemaliger kosovo-albanischer Offiziere der Jugoslawischen Volksarmee", der sich als abgewiesener Asylbewerber der UÇK zur Verfügung stellte, indem er im Kanton St. Gallen freiwillige Kämpfer rekrutierte: "*Unser Präsident Rugova hat uns nie darum gebeten, aber nun ruft uns die UÇK.*" (NZZ, 22.7.98) Jede Woche verliessen mindestens zwanzig Albaner die Schweiz Richtung Tirana. Geld sei kein Problem für die UÇK und wer Geld habe, bekomme überall moderne Waffen.

Das erklärte Ziel der UÇK, die militärische Eroberung des ganzen Kosov@, lag laut ihrem offiziellen Sprecher Jakup Krasniçi direkt bevor: "*Die Dinge laufen sehr gut und wir werden sehr bald in Pristina sein*", erklärte er Mitte Juli 1998 in einem Gespräch. Er rief in einem BBC-Interview die Nato auf, den serbischen Terror durch eine Intervention zu stoppen und erklärte klipp und klar: "Kosova gehört uns!"

Laut Aussagen aus dem US-amerikanischen Verteidigungsministerium hatte sich die UÇK innerhalb weniger Monate von einer "kleinen Bande von 200 Kämpfern im März zu einer soliden Truppe von rund 2000 gut bewaffneten und ständig besser ausgebildeten Kämpfern" ent-



Rebellenführer Adem Jashari, der beim Angriff serbischer Einheiten Anfang März 1998 in Drenica getötet wurde, als Märtyrer und Ikone auf der Homepage der UÇK.

wickelt. Trotzdem hatte sie militärisch gegen die jugoslawischen Einheiten keine Chance. Das serbische Innenministerium unterhielt eine 30'000 Mann starke Streitkraft im Kosov@. Dazu kamen 10'000 Mann der Armee mit Luftwaffeneinheiten, Raketen- und Artillerieeinheiten und speziellen Grenzbataillonen.

Die Strategie der Machtergreifung

Ihre Basis und ihr Hauptquartier hatte die UÇK in den Bezirken Sкендерaj und Glogovci, einer Ansammlung von kleinen und kleinsten bäuerlichen Streusiedlungen in Zentralkosov@, südwestlich von Pristina. Aber auch über die Grenzen des Kosov@ hinaus wurde die UÇK aktiv. So bekannte sie sich beispiels-

weise im Communiqué Nr. 41 zu Anschlägen in Westmazedonien.

Wie andere Guerillabewegungen mit maoistischer Ideologie verfolgte die UÇK eine Strategie der Einkreisung der Städte durch "befreite Gebiete" auf dem Land. In den befreiten Gebieten wurden die politischen Strukturen gleichgeschaltet mit den militärischen Kommandostrukturen der Guerilla. Alle politischen Parteien berichteten, dass sie keinen Einfluss auf ihre lokalen Strukturen in den UÇK-kontrollierten Gebieten hätten. Ihre Parteistrukturen und Parteivertreter würden einfach in die UÇK aufgesogen. Andererseits buhlten alle Parteien im Kosov@ um die Gunst, als politischer Flügel der UÇK zeichnen zu dürfen. UÇK-Sprecher Jakup Krasniçi betonte aber, keine Partei im Kosov@ dürfe im Namen der UÇK sprechen. Stattdessen müssten sie die UÇK als nationale Armee des Kosova akzeptieren, die bei jedem Gefecht mit den Serben stärker würde. Ende Juli '98 liessen sie verlauten, der Krieg sei von einem "ländlichen" zu einem "städtischen Krieg" vorangeschritten, was die UÇK unweigerlich auch nach Pristina bringen werde.

Die folgenden Niederlagen zeigten aber, wie verwundbar die UÇK blieb und wie verhängnisvoll ihre Strategie für die Zivilbevölkerung ist. Die Ausweitung des Operationsgebietes der Guerillatruppen stürzte immer weitere Gebiete des Kosov@ in die Fänge des Krieges. Die UÇK muss sich den Vorwurf gefallen lassen, mit ihren militärischen Aktionen die Säuberungen und Rachefeldzüge der serbischen "Sicherheitskräfte" legitimiert zu haben. Aber auch dies könnte Teil einer aus anderen Konflikten bekannten Strategie sein: Indem die serbischen Einheiten Land und Häuser zerstörten, entzogen sie der ansässigen Bevölkerung die Grundlagen ihrer Existenz und führten der Guerilla genau jene Desperados zu, die sie brauchte. Wohin sollten denn die jungen Männer sonst?

Leerstelle Politik

Die UÇK setzte bewusst auf eine Militarisierung und auf die Zuspitzung des Konflikts, um damit die Internationalisierung des Konfliktes und eine Intervention der Nato gegen

Von Rambouillet zur Unabhängigkeit?

rb Ende 1998 musste die UÇK eine Reihe schwerer Niederlagen hinnehmen und schien vor dem Ende der Träume von der militärischen Lösung des Kosov@-Problems zu stehen. Die zerschlagenen Einheiten regruppierten sich aber im nordalbanischen Hinterland und unterzogen die Kommandostrukturen einer tiefgehenden Revision. Der vor allem ideologischen Führung wurde ein operatives Hauptquartier zur Seite gestellt, in dem frühere Offiziere der Jugoslawischen Volksarmee JNA den Ton angaben. Damit spitzte sich aber auch der Machtkampf zwischen der bisherigen ideologischen Struktur und den Militärs zu, die sich eher als Armee des Kosova unter dem Kommando der Exilregierung von Premier Bujar Bukoshi und der politischen Führung der Demokratischen Liga des Kosov@ von Ibrahim Rugova verstanden.

Der Waffenstillstand, der im Oktober 1998 zwischen Richard Holbrooke und Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic ausgehandelt wurde, sah einen Teilrückzug serbischer Einheiten aus dem Kosov@, die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge und den Aufbau einer internationalen Beobachtermission unter OSZE-Kommando vor (Kosovo Verification Mission KVM). Den Rückzug serbischer Einheiten nutzte die UÇK sofort, um sich in diesen Gebieten wieder zu verankern und sich auf die nächste Phase des Krieges vorzubereiten, die von allen für den Frühling erwartet wurde. In diese Winterpause platzte die Einladung zur Konferenz von Rambouillet. Nach der anfänglichen Ablehnung einer Teilnahme entschied sich die UÇK, doch zu erscheinen. Man erhoffte sich, die Option für einen unabhängigen Staat Kosova zumindest offenhalten zu können.

Bei diesen Verhandlungen wurde die UÇK erst wirklich salonfähig auf dem Parkett der internationalen Politik. Hashim Thaçi, der 31-jährige "politische Direktor" der UÇK, der in Zürich Osteuropäische Geschichte studiert hatte, wurde zum

Verhandlungsleiter der kosov@-albanischen Delegation gewählt. Die Position von Rugova und der LDK wurde damit vom Westen geschwächt. Die UÇK stellte 5 der 13 kosov@-albanischen Delegierten. Man sträubte sich gegen die Unterschrift unter ein Abkommen, das die eigene Entwaffnung bedeuten würde, und forderte Bedenkzeit für Konsultationen im Kosov@. Zur zweiten Verhandlungsrunde in Paris, an der sich wie beim ersten Treffen die beiden Delegationen nie getroffen und nie miteinander verhandelt haben, kam man mit gemachter Unterschrift: Die Hoffnung auf eine Nato-Intervention gegen Serbien war grösser als die Angst vor der Entwaffnung.

Ende März, nach Beginn des Nato-Krieges gegen Jugoslawien, erklärte die UÇK die Generalmobilisierung für alle Männer zwischen 18 und 50 Jahren. Zugleich begann eine intensivierete Rekrutierung von Kämpfern in Westeuropa, vor allem in Deutschland und der Schweiz. Gemäss Aussagen eines Offiziers folgten bis Mitte April 8000 junge Männer allein aus diesen beiden Ländern dem Ruf an die Waffen.

Die verschiedenen Flügel und Strömungen in der UÇK operieren von getrennten Gebieten in getrennten Einheiten aus: Um die Regionen Mitrovica, Dragobil, Stimlje und Glodjane sowie Malisevo und Drenica kämpft die "alte" UÇK von Hashim Thaçi unter dem militärischen Kommando von Sulejman Selimi mit rund 8000 bis 10'000 Mann, die ihre Ausgangsbasis im albanischen Kukes haben. Dieser radikal militaristische Teil der UÇK kann auf die Unterstützung der albanischen Regierung und der USA zählen. Sie kontrollieren auch den albanischen Hafen von Durres zusammen mit der albanischen Polizei, die die UÇK frei schalten und walten lässt.

Die Gebiete im Norden von Drenica, um Suva Reka, Junik und Decani gehören zum Kampfgebiet der "neuen" UÇK, die mit 3000 bis 4000 Mann, der sogenannten Skanderbeg-Division, von der nordalba-

nischen Provinz Tropoja aus operiert. Sie untersteht dem LDK-Kommando von Regierungschef Bukoshi und kann auf die Unterstützung der vorherigen albanischen Regierung und heutigen Opposition unter Sali Berisha zählen. Zu diesen beiden, sich als UÇK bezeichnenden Armeen kommen autonome Kräfte, Dorfwehren und Privatarmeen, die im Verlauf des letzten Jahres unter dem gleichen Namen als Selbstverteidigungsstrukturen gegen die serbischen Übergriffe in den Dörfern des Kosov@ entstanden.

Anfang April rief die UÇK eine neue Regierung des Kosov@ aus, die von ihr selbst gebildet und kontrolliert wird. Zum Premierminister erklärte sich Hashim Thaçi gleich selber und auch die Ministerposten gehen an Vertreter der UÇK und Vertreter der LBD, einem Zusammenschluss anderer Anti-Rugova-Parteien. Von Rugovas LDK verlangte man einzig, dass sie die Auslandsvermögen überweise und sich dem neuen Kommando unterstelle.

Heute ist die UÇK ein Gebilde, das an der Basis vor allem junge Vertriebene sowie Rückkehrer aus dem westlichen Ausland umfasst, das aber an der Spitze von politischen Machtkämpfen geschüttelt wird. Auch wenn alle Kosov@-Albaner hier im Westen und vor Ort die UÇK unterstützen, ist bei weitem nicht klar, welche UÇK sie meinen. Militärisch bekämpft man sich (noch) nicht, hindert sich aber gegenseitig daran, an Waffen und Soldaten zu kommen. In einem Interview meinte Mujë Rugova, Deutschland-Sprecher der UÇK, eine Zusammenarbeit mit der LDK und Rugova sei unmöglich. Der Kampf zwischen den gemässigten "Titoisten" und den nationalistischen "Enveristen" ist noch nicht entschieden. Aber das Ende der Nato-Bomben und ein politisches Abkommen werden diesen nächsten Krieg auf die Tagesordnung setzen. Ob die Mittel dann gewaltfreier sind, darf bezweifelt werden. ●

die Bundesrepublik Jugoslawien zu erreichen. Man erhoffte sich, so zumindest ein Protektorat zu erreichen, aus dem die serbischen "Sicherheitskräfte" abziehen müssten und in dem man dann die Kontrolle übernehmen könne. Die Haltung der Nato und der ganzen westlichen Politik, eine staatliche Unabhängigkeit des Kosov@ nicht anzuerkennen, schuf der UÇK Probleme, da damit die Intervention der Nato entlang der jugoslawischen Grenze als einzig mögliche Intervention übrigbleibt. Damit würden aber die Flucht- und Nachschubwege der UÇK nach Mazedonien und Albanien unterbrochen, was die UÇK vor eine militärisch unmögliche Situation stellen würde. Das rein militärisch angelegte Konzept wurde so infrage gestellt, ohne dass dies zu politischen Überlegungen führte.

Über die politischen Strategien befragt, wie sich die kleine UÇK gegen die serbische Übermacht behaupten wolle, wird auf die schlechte Moral und die häufigen Desertionen bei den serbischen Truppen und Polizeieinheiten und auf die eigene hohe Kampfmoral hingewiesen. Weitergehenden politischen Überlegungen wie der Frage nach einer Koalition mit oppositionellen Kräften in Serbien und der politischen Führung in Montenegro verweigert man sich ebenso wie einem Einbezug in die politische Verantwortung für die militärischen Taten. Im Weg steht der UÇK dabei ihre vermeintliche Ideologielosigkeit: "Wir haben keine Ideologie, weil wir keine Zeit haben, uns darum zu kümmern. Unser Hauptanliegen ist die Befreiung. Ideologie und politische Parteien, das ist für später", meint UÇK-Sprecher Jakup Krasniçi – und der muss es ja wissen.

Das Fehlen einer politischen Strategie macht die UÇK aber auch militärisch angreifbar: Während die serbischen Militärs gut kalkulierten und den Moment abwarteten, bis die Nato-Botschafter für zwei Monate in die Sommerferien verreisten, um dann eine grosse Aktion zu starten, verliert sich die UÇK in ihren militärischen und maximalistischen Versprechungen einer sofortigen Befreiung. Milosevic kommt seinen Zielen mit jeder Aktion näher: Zerschlagung der politischen Bewegung der

The screenshot shows a website titled "National Albanian Hero Skënderbeu". At the top, there is a quote in Albanian: "Junik, çerdhja ime prej guri e prej zemre, dashuria ime e sotme, vdekja ime e nesërme... Junik, mein Nest aus Stein und Herz, meine Liebe, mein Tod morgen [D. Mehmeti]". Below this, there are three portraits of men: Hashim Thaçi, Sylejman Selimi, and Adem Demaçi. To the left of the portraits is a sidebar with a navigation menu containing links like "Urgjencë", "UÇK", "Mobilizimi", "Foto-Arkivi", "Shqipëria", and "juniku.com". Below the portraits is a large image of a military unit marching, with the text "my Units" visible. The website also features the Albanian national emblem (the double-headed eagle).

Kosovari, Destabilisierung der Führung in Montenegro durch sein Militär und mit albanischen Flüchtlingen. Die Kosovari dagegen sind von einem "Leben in Sicherheit und Würde", wie es das Abkommen von Dayton für die BewohnerInnen Bosniens versprach, seit dem Beginn der militärischen Auseinandersetzung weiter weg denn je.

Das Dilemma des Krieges

Die Aktionen der UÇK haben den Kosov@-Konflikt aus der latenten politischen Krise auf die Stufe der Kriegsführung hinunter gedrückt. Die Spielräume für politisches Handeln – vorher von beiden Konfliktseiten nicht ausgenutzt und von aussen nicht aufgezwungen – haben sich damit dramatisch verkleinert. Der Westen begnügte sich damit, Menschenrechtsverletzungen zur Kenntnis zu nehmen und zum Gewaltverzicht aufzufordern. Heute, nach den militärischen Aktionen der UÇK zur "Befreiung" des Territoriums und nach den Aktionen der serbischen "Sicherheitskräfte" zur "Bekämpfung des Terrorismus" stehen die

Chancen für eine politische Lösung schlechter denn je.

Bujar Bukoshi, Premierminister der kosov@-albanischen Parallelregierung, erklärte am 10. Juni '98, alle Wege zu einer friedlichen Lösung seien blockiert und "mindestens ein Drittel der Kosova-Albaner sind bereit zum bewaffneten Widerstand". Jakup Krasniçi fand noch poetischere Worte in seinem "Spiegel"-Interview: "Alle Wege zum Frieden sind verbaut, die Realität ist leider der Krieg. Und ich fürchte, er wird in der Tat nicht kurz sein. Ein albanisches Sprichwort sagt: Die Freiheit hat die Würze des Blutes, und sie kennt keinen Preis." Und weiter: "Derzeit entscheidet nicht Rugova, sondern die UÇK für das Kosovo. Wir sprechen die einzige Sprache, die die serbische Führung versteht: Gewalt."

Die Logik des Krieges machte einen Gewaltverzicht und einen Dialog ohne Vorbedingungen für beide Seiten praktisch unmöglich. Die UÇK war dazu verurteilt, die "befreiten Gebiete" militärisch abzusichern, um der Rache der serbischen Polizei und Armee zu entgehen. Die serbischen Spezialeinheiten andererseits

wussten, dass jedes Dorf, das sie räumen, von der UÇK sofort übernommen wird.

Eines ist sicher: Am Schluss werden doch wieder politische Verhandlungen geführt werden müssen, soll das Problem je gelöst werden. Mindestens so viel müsste die UÇK aus den Erfahrungen in Lateinamerika, Afrika oder Nordirland lernen.

Vertreter des US-amerikanischen Geheimdienstes, die den Kontakt zur UÇK pflegten und sie an den Verhandlungstisch holen wollten, bezeichneten die politische Verwirrung bei den Kämpfern auf allen Ebenen als hauptsächliches Problem für Friedensverhandlungen. Man sei sich weder über die Ziele noch über die Mittel einig: *"Es ist schwierig zu verhandeln, wenn eine Seite so verwirrt ist, dass sie nicht einmal weiss, wober sie verhandelt."*

Baton Haxhiu, der Chefredaktor von "Koha Ditore", der wichtigsten

kosovo-albanischen Tageszeitung, beschreibt die Lage der Kosovo-Albaner mit ungeschminkten Worten: *"Wir befinden uns im politischen, militärischen und moralischen Bankrott."* Ein Kommentar in Haxhius Zeitung trug allerdings den verzweifelt zweckoptimistischen Titel: *"Dieser Krieg hat nur einen Sieger – Kosovo"*. Viele Kosovo-Albaner klammern sich an die Hoffnung, dass die Nato schliesslich doch noch eine Entscheidung zu ihren Gunsten erzwingen werde. (NZZ, 30.4.1999)

Die alten gesellschaftlichen und politischen Strukturen in den von landwirtschaftlicher Produktion geprägten Landschaft des Kosov@ waren beinahe mittelalterlich paternalistisch. Die UÇK kombinierte diese paternalistischen Clanstrukturen mit militaristischem Drill zu einem Konzept, das kaum Freiraum für ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt lässt. Diese Strategie schafft

auch auf Seiten unabhängiger Intellektueller, Kultur- und Medienschaffender, Jugendlicher und Menschen in "gemischten" Ehen Angst vor der Zukunft. Längst nicht alle Kosov@-AlbanerInnen hoffen auf den Einzug der UÇK in der Hauptstadt Prishtina – sofern sich die verschiedenen Flügel und Fraktionen, die heute ihre Suppe unter dem Deckel der UÇK kochen, nicht vorher selber gegenseitig liquidieren. In die Hoffnung vieler Kosovari, die serbische Herrschaft endlich loszuwerden, mischt sich die Angst vor den totalitären, paternalistischen Vorstellungen der "Befreiungsarmee". Frei von Serben zu sein, heisst noch nicht, dann auch in Freiheit leben zu können.

* Der hier vorliegende Artikel entstand letztes Jahr. Ergänzt wurde lediglich der Kasten über die Zeit seit den Verhandlungen von Rambouillet und Paris. Siehe auch den Beitrag "Und wieder pennt Europa" in MOMA 4.98.

Kein Frieden mit der UÇK

Früher oder später wird der Krieg der Nato gegen Jugoslawien beendet sein und einen riesigen Scherbenhaufen hinterlassen: Zerstörte Infrastrukturen, zerstörte politische Strukturen, zerstörte gesellschaftliche Verhältnisse. Und wie schon vor der ersten Bombe ist absehbar, dass keines der Probleme gelöst wurde, dass die Nato-Bomben keinem einzigen Kosovo-Albaner geholfen haben und dass Jugoslawiens Diktator Milosevic diesen Krieg als Erfolg abbuchen kann.

Eines der grössten Probleme für einen allfälligen Waffenstillstand wird der Westen mit der UÇK haben. Während Milosevic handhabbar ist, wird die vom Westen politisch und militärisch gestärkte UÇK nicht einfach jeden Deal unterschreiben, der ihr nicht die Macht im Kosov@ sichert. Jedes Abkommen, das einen Kompromiss bezüglich Unabhängigkeit des Kosov@ beinhaltet, das die Entwaffnung der UÇK fordert und das Milosevic als Präsidenten über Jugoslawien herrschen lässt, wird auf den Widerstand der "Alles-oder-nichts"-Rebellen stossen. *"Solange das 'kriminelle Regime' des jugoslawischen Präsidenten Milosevic an der Macht ist, wird die UÇK keine Entwaffnung akzeptieren"*, erklärte UÇK-Sprecher Jakub Krasniqi (NZZ vom 8.5.99).

Ob es dem Westen dann so leicht fallen wird, Hashim Thaqi und seine Truppe wieder kaltzustellen, wie er dies mit Ibrahim Rugova bei den Verhandlungen von Rambouillet und Paris gemacht hat, bleibt abzuwarten. *"Dass es den UÇK-Rebellen gelungen ist, die bisherige, gewaltfreie Politik des Präsidenten Ibrahim Rugova in die Achtzigerjahre zurückzuschieseln und sich der Welt als neue Herren in Kosova zu präsentieren – das ist schon Tragödie genug. Den Westen hatte Rugova seit acht Jahren bekniert, seine gewaltfreie Politik zu unterstützen. Doch der Westen schien sich selbst dann nicht zu wundern, als die militanten Herren ohne jegliche Legitimation in Rambouillet mit am Verhandlungstisch sasssen. Nun muss er die Geister wieder loswerden, die er rief."* So kommentierte Dietrich Willier in der Tageszeitung taz vom 17.4.1999 das Dilemma, das sich die Nato und die westliche Politik wieder einmal selber eingebrockt haben

Roland Brunner

Quellen für diesen Artikel:

- Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7'98: Kosovo – Verhängnisvoller Wettlauf; von Norbert Mappes-Niediek. Nr. 3.99: Wer ist die UÇK; von Jens Reuter.
- Rambouillet, serbische Aspekte; von Dusan Reljic.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. März 1998: Bewaffneter Widerstand formiert sich, von Stephan Lipsius.
- KOHA DITORE, unabhängige Tageszeitung aus Prishtina.
- Balkan Peace Team: Reports
- Media Mirror, Excerpts from Articles and Opinion Pieces, Media Center Belgrad.
- Medienhilfe Ex-Jugoslawien. Hintergrundinformationen und Kontakte auf der Homepage <http://www.medienhilfe.ch>
- NZZ Dossier. Artikel auf: http://www.nzz.ch/online/02_dossiers/kosovo/kos00.htm
- Serbia between Past and Future, Institute of Social Science / Forum for Ethnic Relations Belgrade: Demand for a new Status – The Albanian Movement in Kosovo, by Shkelzen Maliqi.
- Der Spiegel, Nr. 28/1998: Kosovo. Die Realität ist Krieg.
- Tages-Anzeiger. Beiträge von Norbert Mappes-Niediek, 13.4. + 21.4.1999.
- taz, die Tageszeitung. Div. Artikel und Interviews von Erich Rathfelder.
- Transitions, Juli 1998: Kosovo crosses the Brink; by Dragan Stavljani.
- Weltwoche, 18.6.98: Ein Debakel nach Programm, von Oliver Fahrni.